

Bericht vom FFF Nordkongress

Klimawende! Die Zeit für sie zerrinnt uns zwischen den Fingern. Aber obwohl wir seit mehr als einem Jahr Schulstreiks und eine Menge Radau gemacht haben, sind wir ihr nicht merklich näher gekommen. Das Klimapaket, Madrid und Politiker_innen oder Unternehmen mit leeren Worten und heißer Luft haben niemanden glücklich gemacht. Im Gegenteil: Frustration, Desillusionierung und Burn-Outs machen sich breit. Daher die Idee, am ersten Wochenende des Jahres einen FFF-NordKongress in Hamburg zu veranstalten, auf dem die Bewegung darüber diskutieren kann, wie wir statt zu schrumpfen noch viel größer werden können und vor allem: welche Strategie wir brauchen, um den Kampf ums Klima doch noch zu gewinnen.

Wir von Revolution waren auch mit einer Delegation von Genoss_Innen aus Berlin, Greifswald und Hamburg dabei und sind dort für die Perspektive eingetreten, die wir auch in unserem Strategiepapier (onesolutionrevolution.de/handeln-statt-hoffen-welche-strategie-fuer-fridays-for-future/) vorschlagen.

An sich war der NoKo eine sehr gute Initiative und die hohe Zahl an Teilnehmer_Innen hat gezeigt, dass es ein großes Interesse an einer gemeinsamen Diskussion in unserer Bewegung gibt. In seinem Verlauf haben sich allerdings auch einige Schwächen aufgetan, aus denen wir für den nächsten Kongress Lehren ziehen können. Das problematischste hierbei war, dass es nicht genügend Gesamtplena gab, auf denen man eine kollektive Strategiedebatte hätte führen können. Stattdessen hat man sich wieder in kleine Workshops aufgesplittert. Deren Inhalt war zudem auch oft ziemlich Banane, so wurde ein Unternehmensberater angeheuert, der politische Strategien mit Marketingtricks ersetzen wollte oder es gab einen Workshop, indem darüber referiert wurde, wo die besten „klimaneutralen“ Investitionsmöglichkeiten existieren (lächerlicher Weise wurde hier ausgerechnet Siemens genannt). Es kann aber keinen grünen Kapitalismus geben! Wir dürfen daher auch unsere Zeit nicht mit sinnlosen Versuchen verplempern, den Kapitalismus doch noch grün zu machen! System Change not Climate Change! Anticapitalista!

Petitionen gegen Buschfeuer!?

Was gerade eigentlich in Australien abgeht und was Fridays for Future dagegen tun kann.

Von Christian Mayer

Das derzeit verheerendste Buschfeuer in der Geschichte Australiens bewegt weltweit die Menschen. Allein seit Ausbruch der Brände im Oktober letzten Jahres ist in den Bundesstaaten New South Wales (NSW) und Victoria eine Fläche etwa so groß wie die Schweiz verbrannt. Die Folgen sind katastrophal.

Folgen der Brände

So sind in vier Monaten nicht nur ca. 24 Menschen in den Flammen verbrannt. Auch über 480.000.000 Tiere kamen dabei ums Leben. Die Feuerwehr der betroffenen Bundesstaaten ist dabei machtlos: Durch ständige neue Hitzerekorde und wechselnd starke Winde aus unterschiedlichen Richtungen seit Monaten ausbleibenden Regen sind die Brände völlig außer Kontrolle geraten. Unzählige Ortschaften mussten bereits evakuiert werden. Längst haben die Brände aber auch die Nähe zu den großen Metropolen erreicht. In Australiens Hauptstadt Canberra wurde die Bevölkerung bereits dazu aufgerufen, sich durch das Tragen von Atemmasken vor dem lebensgefährlichen Rauch zu schützen. Die Feuerwehrleute, die versuchen, sich den Brandherden zu nähern, begeben

sich in akute

Lebensgefahr. Innerhalb kürzester Zeit breiten sich die Flammen auf dem meist

flachen Land und in den Wäldern aus und überrollen alles, was sich ihnen in den

Weg stellt. Insbesondere Tiere wie Kängurus oder Koalabären gehören zu den

Opfern: da diese aufgrund ihrer Anatomie nicht so schnell fliehen können oder

in Zäunen stecken bleiben verbrennen sie qualvoll bei lebendigem Leib.

Ursachen

Nun mag man vielleicht etwas irritiert sein wenn man von

Hitzerekorden jenseits der 45-Gradmarke liest, schließlich gibt es

Weltregionen, da ist dies die „normale“ Tagestemperatur. Das mag sein,

allerdings handelt es sich dabei in der Regel um Wüsten und nicht um Grasland

oder Waldgebiete wie in Australien. Durch die anhaltende Trockenheit, die durch

diese Temperaturen entsteht, erhöht sich die Wald- und Buschbrandgefahr automatisch

(das kennen wir in Deutschland auch vom letzten Sommer). Es reicht schon minimalster Funkenflug aus, um eine verheerende Katastrophe auszulösen.

Das

liegt an der Vegetation in Australien: Dort wachsen vorwiegend Eukalyptusbäume

und diese haben die Eigenschaft zu brennen wie ein nordamerikanischer oder

europäischer Nadelbaum. Auch die großen Flächen an Grasland sind ein natürlicher

Brandbeschleuniger.

Doch die Vegetation ist nicht Hauptursache für die

Buschbrände: Die derzeitige Hitzewelle im australischen Sommer ist eine direkte

Folge des Klimawandels und die akute Bedrohung ein Produkt der neoliberalen Politik der australischen Regierung. Bereits im Jahre 2007 warnten Wissenschaftler_Innen davor, dass die Anzahl der Brände sich verdoppeln und die Folgen verheerend sein könnten, wenn die CO₂-Emissionen, welche vorwiegend durch die Kohleverstromung erzeugt werden, nicht drastisch reduziert werden.

Kohleland

Australien ist weltweit einer der größten Kohleproduzent_Innen. Die dort abgebaute Kohle wird zum Großteil nach Indien und China exportiert und dort zur Energiegewinnung genutzt. Aber auch für die eigene Stromerzeugung wird Kohle benutzt. Eine Abgasnachbehandlung, wie sie für europäische Kohlekraftwerke zum Betrieb vorgeschrieben ist, gibt es in Australien fast nicht. Somit wird ungehindert eine noch größere Menge an CO₂ in die Atmosphäre freigesetzt. Durch die damit einhergehende Erwärmung vertrocknet die Vegetation und die Brandgefahr steigt. Unzählige Studien und Warnungen von Wissenschaftler_Innen haben die konservative Regierung von Australiens Premierminister Scott Morrison heruntergespielt und einen Zusammenhang zwischen Kohleabbau und Klimaerwärmung geleugnet. Noch während die ersten großen Brände ausbrachen ist Scott in den Urlaub nach Hawaii geflogen. Als ob diese Dreistigkeit angesichts der tödlichen Katastrophenbrände noch nicht genug ist, ist er weiterhin der Meinung, dass der

Kohleabbau in Australien sogar noch weiter ausgebaut werden sollte! Doch auch die oppositionelle Labour-Partei steht ihm in ihrer pro-Kohle-Politik in nichts nach.

Die aktuelle Katastrophe in Australien zeigt ganz eindeutig auf, dass sich Klimaschutz und Kapitalismus nicht miteinander vereinbaren lassen. Und die bürgerlichen Regierungen lassen mal wieder erkennen, auf wessen

Seite sie stehen: Die Profitinteressen der Wirtschaft scheinen ihnen wichtiger zu sein als die Interessen der gesamten Gesellschaft und der Natur. Hinzu kommt, dass durch die jahrelange neoliberale Sparpolitik in Australien öffentliche Infrastruktur, wie beispielsweise die Feuerwehr, immer weiter abgebaut wurden. Obwohl sich die Feuerwehr seit Jahren immer wieder mit Protestbriefen an die Regierung gewendet hat, dass sie den wachsenden Anforderungen mit zu geringem Personal und zu schlechter Ausrüstung nicht gewachsen sind, hat die australische Regierung munter weiter gespart, um das

Geld den Kohlekonzernen in Form von Subventionen zukommen zu lassen.

Petitionen und Entertainmentprogramm im Berliner Olympiastadion

Als Fridays for Future können wir eine solche Katastrophe natürlich nicht unkommentiert lassen. Im Gegenteil: Wir müssen hier vor Ort die

verfehlte Politik von Morrison angreifen und aktiv werden. Das heißt natürlich

vor allem gegen die Kohlekonzerne vor unserer eigenen Haustür zu protestieren.

Aber auch andere exportorientierte deutsche Unternehmen verdienen auch im

Ausland mit den Klimakillern. So will beispielsweise der Großkonzern Siemens

die Bahninfrastruktur für den Bau der größten australischen Kohlemiene stellen.

Dabei hat der Siemensvorstand noch vor kurzem ganz stolz verkündet eine Vorreiterrolle in Sachen Klimaschutz einnehmen und bis 2030 „klimaneutral“ werden zu wollen. Die Strategie von Siemens entspricht der gängigen „Greenwashing“-Strategie deutscher Konzerne. Hierzulande werden die Umweltbilanzen geschönt, indem die umweltschädliche Produktion einfach im Ausland stattfindet.

Für viele in Fridays for Future ist das ein Skandal, weshalb nun eine Petition gestartet wurde, die Siemenschef Kaeser dazu auffordert, seine Investitionen noch einmal neu zu überdenken. Mit großen Protestaktionen am Freitag haben wir den Druck noch einmal verstärkt. Kaeser sah sich deshalb gezwungen (die selbsternannte Führungsfigur von Fridays for Future) Luisa Neubauer zu einem Gespräch einzuladen. Währenddessen bot er ihr dann einen Platz im Aufsichtsrat von Siemens an.

Auch diese Taktik kennen wir schon. So versuchen viele Institutionen oder Unternehmen unserer Klimabewegung den oppositionellen Charakter zu nehmen, in dem sie uns versuchen in ihr System zu integrieren. Eine ähnliche Entwicklung hat auch die Partei die Grünen hingelegt, die sich auf ihrer Geburtstagspartei zum Vierzigsten am Wochenende auch noch dafür gefeiert hat.

Auch denken wir, dass eine Petition kaum Einfluss auf einen Großkonzern wie Siemens haben kann, denn dieser untersteht in erster Linie immer noch der Profitlogik. Der Kapitalismus kann nur funktionieren, solange sich alles dem Profit unterordnet, egal ob es nun die Umwelt, das Klima oder Menschenleben sind. Und wer wüsste das besser als Siemens. Es gibt einige Beispiele für Petitionen aus den letzten Jahren, die von den amtierenden Regierungen einfach ignoriert wurden, sobald sie die Profitinteressen der

jeweiligen Großkonzerne antasteten. Zum Beispiel die europäischen Großpetitionen gegen TTIP oder Artikel 13. Bei der Petition gegen Artikel 13 haben EU-weit zwar fast 4 Millionen Menschen unterschrieben, aber das war dem

EU-Parlament ziemlich egal: Artikel 13 und die Uploadfilter kamen trotzdem.

Ähnliche Folgenlosigkeit erwarten wir vom geplanten Bespaßungsevent am 12.06.im Berliner Olympiastadion. Es ist zwar bestimmt ganz unterhaltsam,

wenn man sich mit 60.000 anderen zusammen trifft, sich Vorträge von angeblichen

„Expert_Innen“ anhört, um anschließend eine bereits ausgearbeitete Petition zu

unterschrieben – allerdings ist dann noch nicht gesagt, dass das auch ein

verbindliches Ergebnis nach sich zieht. Ja, es mag sein, dass sich der

Petitionsausschuss des Bundestags damit befassen muss bei 50.000

Unterschriften. Ob dann tatsächlich ein Gesetz daraus wird, was verbindlich ist, steht auf einem anderen Blatt Papier. Es besteht durchaus die Gefahr, dass

das Thema zwar im Petitionsausschuss angesprochen wird, aber es kann genauso

gut in den Untiefen der Bundestagsbürokratie versumpfen oder es wird abgelehnt,

das Thema überhaupt weiter zu verfolgen. Statt passivem Konsumieren von „Exerpert_Innenmeinungen“ und dem stumpfen Unterschreiben eines vorgefertigten

Textes hätten wir außerdem lieber selber über die Zukunft und Perspektive von

Fridays for Future diskutiert.Hinzukommt, dass man sich vorher noch eine Eintrittskarte zu diesem Event kaufen muss. 29,95€ sind für viele von uns

eine große Summe Geld. Wir sind entschieden dagegen, dass nur privilegierte

Aktivist_innen an den Aktionen von FFF teilnehmen können.

Alternative: #Klassenkampf

Auch wenn es nicht schaden kann eine solche Petition zu starten, können wir es nicht dabei belassen. Gerade jetzt in einer Situation, in der die Teilnehmer_Innenzahlen von Fridays for Future kleiner werden und Aktivist_Innen zunehmend demoralisiert sind, können wir uns keinen weiteren Misserfolg leisten. Solange eine Petition alles ist, was wir dieser Politik entgegenstellen, werden wir verlieren und das wird erneut für Frustration in der Bewegung sorgen. Wenn wir tatsächlich Siemens stoppen wollen, müssen wir die dortigen Beschäftigten für unsere Ideen gewinnen. Mit gemeinsamen Streiks von uns Schüler_innen/Studis und Beschäftigten können wir den Konzern dort treffen, wo es ihm wirklich weh tut: nämlich bei seinen Profiten. Es ist die kapitalistische Profitlogik, die zum immer weiteren Ausbau der klimaschädlichen Kohleproduktion in Australien führt, die Anlass für die Kürzungsmaßnahmen bei der australischen Feuerwehr gegeben hat und die auch im nächsten Jahr zu Massenentlassungen bei Siemens führen könnte. Als Klimabewegung haben wir mit den Arbeiter_Innen gleiche Interessen und einen gemeinsamen Feind. Dafür müssen wir Awareness in Fridays for Future schaffen und das in unseren Aktionen zum Ausdruck bringen. Der FFF-Nordkongress letzte Woche in Hamburg hat bereits vor gemacht, wie das geht und sich Mehrheitlich für einen Schulterschluss von Fridays for Future mit den Gewerkschaften ausgesprochen. Das ein richtiges Zeichen, auf dem wir aufbauen müssen! Ohne die soziale Frage hat Fridays for Future keine Future.

Nein zum Krieg!

08.01.2020

Warum der Iran und die USA kurz vor einem Krieg stehen und was wir dagegen tun können.

Was ist da in der letzten Woche passiert?

Letzte Woche wurde der iranische Generalmajor Qasem Soleimani bei einem US-Drohnenangriff getötet als er gerade sein Flugzeug auf dem Flughafen von Bagdad (Hauptstadt des Iraks) verlassen wollte. Die USA haben dabei nicht irgendeinen Statisten erwischt sondern eine der wichtigsten Führungsfiguren des iranischen Regimes. Als Oberbefehlshaber der Quds-Einheiten fuhr er in Interventionen im Libanon oder Syrien einige militärische Siege ein und genießt ein hohes Ansehen im Iran. Seine Beerdigung wurde dementsprechend als ein spektakuläres Massenevent inszeniert. Im Gemenge kam es dabei zwischen tausenden Menschen zu einer Massenpanik, die laut iranischen Agenturen über 50 Menschen das Leben kostete. Die Spitzen des iranischen Regimes kündigten in ihren Beerdigungsreden blutige Racheaktionen an und auch Trump twittert fleißig von seinen Kriegsfantasien. Schon einen Tag nach der Beerdigung griff der Iran Militärbasen mit US-Streitkräften im Irak an. Die Lage ist also sehr ernst und die Gefahr eines Krieges in der Region ist groß. Sowohl die USA als auch der Iran stehen unter innenpolitischem Druck. Das heißt, dass in beiden Ländern große Spannungen zwischen den Herrschenden, Mittelschichten und den lohnabhängigen Massen existieren, die durch einen Krieg zeitweilig auf einen äußeren Feind abgelenkt werden könnten. Der Iran hat in einem Schnellgesetz bereits eine Erhöhung des Militärbudgets um 200 Millionen Euro

beschlossen und erklärten die US-Truppen offiziell zur Terrorist_Innen. Die USA wollen dagegen größere Truppenkontingente im Irak stationieren.

Warum riskiert Trump eine Eskalation?

Die Ermordung

Soleimanis stellt aktuell die Spitze einer sich zuspitzenden Konfrontation zwischen den USA und seinen regionalen Verbündeten (Saudi Arabien und Israel) auf der einen und dem Iran auf der anderen Seite dar. Zuvor wurde bereits ein US-Militär durch Raketen der pro-iranischen Miliz Kata'ib-Hisbollah (Hisbollah-Brigaden) getötet, woraufhin die USA Luftangriffe auf die Miliz flog, was wiederum eine Belagerung der US-Botschaft im Irak durch pro-iranische Demonstrant_Innen nach sich zog. Die Ermordung des ranghohen Generals Soleimani stellt jedoch eine neue Eskalationsstufe in dieser Spirale der Vergeltungsschläge dar. Ihren Ausgangspunkt nahm die wachsende Konfrontation in der einseitigen Kündigung des Atomabkommens durch US-Präsident Trump. Er verfolgte damit eine neue und aggressivere strategische Linie gegenüber dem Iran, die sich „maximaler Druck“ nannte. Durch harte Sanktionen sollte der Iran am Ausbau seiner regionalen Machtbasis gehindert werden. Doch warum gerade der Iran? Ähnlich wie im ausgehenden 19. Jahrhundert sind der afrikanische Kontinent und der sogenannte „Nahe Osten“ auch heute eine Arena für die stärker werdende Auseinandersetzung zwischen den Großmächten. Es geht vor allem um die Sicherung von Rohstoffen, aber auch um Absatzmärkte und geostrategische Stützpunkte. Gerade der Iran ist hierbei ein wichtiges Land, da es große Vorkommen an wichtigen Ressourcen wie Erdöl und Erdgas besitzt. Der Iran selber hat dagegen in den letzten Jahren die instabile Lage in der Region genutzt, um seine Einflussphäre weiter auszubauen. In Kriegen wie in Syrien oder dem Jemen, aber auch in Ländern wie dem Libanon oder dem Irak kontrolliert er (oder von ihm unterstützte Milizen) bereits große Territorien. Das passt den USA natürlich gar nicht, denn sie sind selber darauf bedacht, die Kontrolle über die wirtschaftlich so

wichtige Region zu behalten. Saudi Arabien und Israel dienen ihnen dabei als Wachhunde. Hinzu kommt, dass der Iran als Verbündeter Chinas gilt, also dem erklärten Hauptfeind der USA. Insgesamt gehen 30% der Exporte des Irans nach China. Daneben noch 16,8% nach Indien, was aufgrund der Bestrebungen Chinas eine neue Handelsstraße in Asien („neue Seidenstraße“) zu etablieren, zu der auch der Iran und Indien gehören sollen, nicht uninteressant ist. Die Feindschaft der USA gegenüber dem Iran sind also auch vor dem Hintergrund zu verstehen, dass die USA ein ihnen wirtschaftlich gefährlich werdendes China eindämmen und isolieren wollen. Die Aggression gegen den Iran richtet sich aber nicht nur gegen China, sondern auch gegen Russland, welches in den vergangenen Jahren ebenfalls seinen Einfluss im Nahen und Mittleren Osten ausbauen konnte, in dem es zum Beispiel den brutalen Diktator Assad in Syrien unterstützt. Soleimani hat als Kommandant der Quds-Brigaden persönlich blutige Verbrechen in Syrien an der Seite des dortigen Assads zu verantworten. Wenn die USA nun einfach einen ranghohen iranischen General abknallen, ist das nicht einfach ein plötzlicher Wutanfall von Trump gewesen. Vielmehr geht es dabei um eine zunehmend aggressiver werdende Strategie einer Großmacht, die Angst um ihren Spitzenplatz auf der Welt hat.

Kann Europa eine deeskalierende Rolle in diesem Konflikt spielen?

Merkel, Macron oder der frisch gewählte Johnson rufen aktuell zur Deeskalation auf. Dabei stellt sich Europa als rationaler Akteur dar, der doch nur an Frieden und Stabilität interessiert sei. Kein_E europäische_R Regierungschef_In konnte sich jedoch dazu durchringen, den völkerrechtswidrigen Mord an Soleimani zu verurteilen. Stattdessen sicherten sie alle den USA ihre Loyalität dazu. Wenn Merkel oder Außenminister Heiko Maas nun zu „Deeskalation“ und „Zurückhaltung“ aufrufen, ist es nicht die Angst um einen blutigen Krieg, der tausende Menschen in den Tod reißen wird. Nein, es ist die Angst vor steigenden Ölpreisen, vor Verlusten von bereits im Iran getätigten Investitionen, vor neuen Geflüchtetenströmen

nach Europa und vor Anti-Kriegs-Massendemonstrationen wie damals gegen den Irak-Krieg.

Was können wir dann tun, um einen Krieg zu vermeiden?

Wichtig ist nun, dass wir die Ermordung Soleimanis scharf verurteilen und uns klar gegen jegliche militärische Intervention seitens der USA aussprechen. Sollte Trump wirklich einen Krieg vom Zaun brechen, müssen wir uns wohl oder übel auf die Seite des Irans stellen, um Katastrophen wie den Irakkrieg oder den Afghanistankrieg zu verhindern. Gleichzeitig sollten Linke dem Generalmajor Soleimanis nicht hinterher trauern, genauso wenig wie wir die Interventionen Chinas und Russlands in der Region unterstützen dürfen. Auch das reaktionäre Mullah-Regime im Iran als Ganzes ist nicht unser Partner sondern vielmehr die dortigen Massen, die in riesigen Demonstrationen für einen Sturz des Regimes eintraten. Die Arbeiter_Innenklasse dort darf nun nicht ihren Kampf gegen die Herrschenden angesichts der Kriegsgefahr aufgeben. Doch dafür brauchen sie auch unsere Solidarität. Große Antikriegsdemonstrationen in USA haben bereits vorgemacht wie es geht. Als Jugendliche sollten wir dabei, wie im Iran, ganz vorne mit dabei sein. Momentan zeigen hunderttausende junge Menschen innerhalb der Fridays-for-Futures-Bewegung, dass sie bereit sind, sich für eine bessere Welt zu organisieren. Für eine bessere Welt kämpfen heißt aber auch sich gegen Krieg stark zu machen! Außerdem zählen militärische Konflikte global zu den größten CO²-Verursachern. Unsere Stimmen gegen den Krieg müssen wir an unsere FFF-Ortsgruppen, Schulen, Unis, Betriebe und natürlich auf die Straßen tragen. Nur so können wir der US-Aggression im Iran die Stirn bieten.

Polizei tötet Studierende - Solidarität mit der indischen Studierendenbewegung!

*Revolution unterstützt die Solidaritätserklärung der
Liga für die Fünfte Internationale vom 17.12.2019*

Am Sonntag, den 15. Dezember, griff die Polizei von Delhi brutal StudentInnen der Jamia Millia Islamia (Nationale Islamische Universität) und BewohnerInnen von Jamia Nagar an, die gegen das Citizenship (Amendment) Act (CAA) protestierten.

Der Angriff war kein isolierter Gewaltakt der BJP-Regierung von Narendra Modi. In vielen Teilen Indiens erhoben sich die Menschen, insbesondere MuslimInnen, gegen das neue Gesetz, das am 11. Dezember 2019 vom BJP-dominierten Parlament verabschiedet wurde. Die Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes von 1955 berechtigt illegale MigrantInnen, die Hindus, Sikhs, BuddhistInnen, Jains, ParsInnen und ChristInnen aus Afghanistan, Bangladesch und Pakistan sind und am oder vor dem 31. Dezember 2014 eingereist sind, zur indischen Staatsbürgerschaft. Aber sie schließt die muslimische Bevölkerung von der Verordnung aus. Diese Diskriminierung der größten Minderheit des Landes ist integraler Bestandteil der menschenverachtenden hindu-chauvinistischen Kampagne der Hindutva-Regierung gegen MuslimInnen.

Im gleichen Zusammenhang führte die indische Regierung auch

ein neues nationales Melderegister (National Register of Citizens; NRC) ein. Zunächst galt dies nur für den Bundesstaat Assam, aber am 20. November erklärte

Innenminister Amit Shah, dass es auf das ganze Land ausgedehnt werden sollte.

Diese neue Verordnung würde von den BürgerInnen verlangen, dass sie Unterlagen

vorlegen, um ihre StaatsbürgerInnenschaft und damit ihre BürgerInnenrechte

nachzuweisen. Dies kann nicht nur gegen so genannte illegale MigrantInnen eingesetzt werden, sondern auch, um Staatsangehörigkeitsrechte von Nicht-Hindus

und insbesondere muslimischen Minderheiten zu entziehen, die ihren Status möglicherweise nicht dokumentieren können. Eine solche Forderung würde sich auf

viele der am stärksten ausgebeuteten Teile der ArbeiterInnenklasse auswirken,

die in extremer Armut auf schlecht bezahlten Arbeitsplätzen überleben, die einfach keine solchen Unterlagen haben, selbst wenn ihre Familien seit Jahrhunderten in Indien leben.

Diese rassistischen Verfassungsänderungen und neuen Meldegesetze wecken Wut und Massenproteste von StudentInnen und MuslimInnen im ganzen Land.

Massive polizeiliche Repressionen

Die Polizei unterdrückt die Protestbewegung mit äußerster Brutalität. Videos auf Social Media zeigen, wie die Polizei StudentInnen in der

Universitätsbibliothek der Jamia Millia Islamia angreift. Die Polizei benutzte Tränengas, Sprengstoff und sogar scharfe Munition. Medien haben berichtet, dass

drei Studierende an den Folgen des Angriffs gestorben sind, und etwa 50

andere

haben Schussverletzungen. Die Polizei hat auch auf die Aligarh Muslim University

geschossen. Diese Universitäten wurden angegriffen, weil dort muslimische StudentInnen gegen das CAA und NRC protestieren.

Es gibt auch Berichte, dass viele Studierende von der

Polizei in Delhi entführt wurden. Sie tut dies, um die indische Bevölkerung zu terrorisieren

und zu spalten. Dies ist ein regelrechter Rassismus gegen die muslimischen StudentInnen und Menschen, aber in der Jamia helfen nicht-muslimische StudentInnen ihren KommilitonInnen und wehren sich gegen die Polizeibrutalität.

Vor allem Frauen haben viel Mut gezeigt.

Tausende haben sich dem Protest vor dem Polizeipräsidium

Delhi angeschlossen, nachdem die StudentInnen der Jawaharlal Nehru University

dazu aufgerufen hatten. In vielen anderen Teilen des Landes gingen auch ihre

KommilitonInnen auf die Straße. Sie fordern, dass die Repressionskräfte für ihre Brutalität an der Jamia und der Aligarh Muslim University zur Verantwortung gezogen werden. Alle Inhaftierten sollten unverzüglich und bedingungslos freigelassen werden.

In Delhi führten die Demonstrationen von Tausenden zur

Freilassung von inhaftierten Studierenden. Im ganzen Land sind Anzeichen einer

mächtigen StudentInnenbewegung gegen die Modi-Regierung zu erkennen. Sie

fordern den sofortigen Rückzug der Polizei vom Campus Jamia und der Aligarh

Muslim University sowie aus Jamia Nagar.

Wir stehen in voller Solidarität mit den StudentInnen in

Indien und allen anderen, die gegen CAA und NRC protestieren. Ihr

Widerstand

und ihr Mut, sich zu wehren, stellen eine Quelle der Inspiration dar.
Gemeinsam

können wir gegen die Hindutva-Regierung und den Staat kämpfen, der die
Menschen

entlang sektiererisch-religiöser Linien spaltet. Wir fordern die indische
ArbeiterInnenklasse auf, die Studierenden im Kampf gegen die Hindutva-
Regierung

zu unterstützen. Die internationale ArbeiterInnenklasse und die
StudentInnenbewegungen müssen aktiv werden und Solidarität mit der
Bewegung

gegen CAA und NRC aufbauen sowie Proteste, Kundgebungen und
Demonstrationen

gegen die rassistischen Gesetze, Repressionen und die Ermordung von
DemonstrantInnen organisieren!

Rezession, Angriffe, Revolutionen: Warum wir eine Jugendinternationale brauchen!

Lars Keller

Wenn wir die aktuellen

Geschehnisse in der Welt betrachten, wird eines sofort klar: nichts
ist sicher, nichts bleibt wie es ist. In Lateinamerika finden

fortschrittlich sowie rückschrittlich geprägte Proteste statt, in

Chile kam es zu einer Revolution, welche das gesamte Volk umfasst. In
den USA leiten die Demokraten ein Amtsenthebungsverfahren gegen
Donald Trump ein.

Die EU befindet sich

weiter in einer schweren Krise: der Brexit ist nach wie vor Dauerthema, die Allianz Berlin – Paris bröckelt, die Festung Europa lässt Tausende Menschen im Mittelmeer ertrinken. In Frankreich findet seit Anfang Dezember ein Generalstreik gegen Macrons Rentenreform statt. Nicht zu vergessen ist Europa das Zentrum der globalen Klimabewegung geworden, mehrere Klimastreiks mobilisierten Millionen von Menschen.

Im Nahen und Mittleren

Osten erheben sich ebenfalls die Volksmassen: der Libanon, der Iran und der Irak werden von Massenprotesten erschüttert. Auch in Ägypten gehen wieder Menschen gegen das diktatorische al-Sisi Regime auf die Straße. Vor einigen Monaten konnten wir eine erfolglose Revolution im Sudan sehen. Gleichzeitig sind fortschrittliche Errungenschaften des arabischen Frühlings bedroht: Die Türkei startete vor einigen Wochen einen militärischen Angriff auf das fortschrittliche Projekt Rojava.

Reisen wir weiter

Richtung Asien, so kommen wir an vielen Pulverfässern vorbei: Afghanistan und der Irak befinden sich seit über 15 Jahren im Kriegszustand. Dem Iran droht weiterhin ein militärischer Überfall durch die USA. Zwischen Pakistan und Indien gibt es einen fortwährenden Konflikt um die Region Kashmir und Jammu. Und dann bleibt noch Hongkong als Ort, wo Menschen seit Monaten auf die Straße gehen um sich gegen die Unterdrückung durch die chinatreue Regierung zu wehren.

Krise

Im Hintergrund all

dieser Kämpfe und Krisen steht, dass die globale Wirtschaft in eine Rezession * rutscht und auf die nächste große Krise zusteuert.

Diese Krise ist eine Verschärfung der tieferen Krise im Kapitalismus, welche 2008 zuletzt heftig ausbrach und die

Weltwirtschaft an den Rande des Abgrunds brachte. Die Kapitalist_Innen stehen vor dem Problem, dass sie kaum noch Möglichkeiten haben, ihr Kapital so zu investieren, dass ein ausreichend großer Profit erzeugt wird. Daher geht es den mächtigsten Ländern und Staatsverbünden um eine Neuaufteilung dieser Welt. Sie streiten sich darum, wer Platz machen muss, damit die anderen kapitalistischen Mächte weitermachen können, mit der Jagd nach Profit und ewigem Wachstum. Wir nennen diese starken Mächte imperialistisch – sie sind in der Lage bei allen möglichen Weltfragen mitzureden und üben im gesamten Weltgeschehen Einfluss aus. Zu diesen Ländern zählen wir hauptsächlich die USA, China, Russland, Japan, Kanada, Australien sowie viele Staaten Europas, allen voran Deutschland, Frankreich und Großbritannien, aber auch Länder wie Italien oder Spanien, als schwächere Mächte.

Bei diesem Kampf um Einflusssphären, Rohstoffe, Produktionsstandorte und Märkte wollen dann auch Regierungen mit regionalem Einfluss mitspielen, die aber in globalen Fragen weniger zu melden haben. Für den arabischen Raum sind das Saudi-Arabien, die Türkei, der Iran und Israel. Sie lavieren teilweise zwischen Großmächten und sind auf deren Unterstützung angewiesen, während die Großmächte gleichzeitig um diese Regionalmächte kämpfen.

Soziale Angriffe und Revolution

Die kapitalistische Krise ist aber nicht nur mit dem Aufteilungskampf um die Welt verbunden. Für die Kapitalisten ist klar: die Kosten der Krise sollen einerseits ihre Konkurrenten, aber vor allem die Lohnabhängigen, die breite Masse der Bevölkerung tragen. Daher folgen schwere Angriffe auf soziale und demokratische Errungenschaften. Sie bereiten einerseits die Grundlage für Aufstände und Revolutionen, die sich gegen Regierungen und Kapitale zur Wehr setzen, andererseits kann sich auf der Grundlage von sozialem Abstieg auch der Rechtspopulismus bis hin zum Faschismus

breit machen.

In der ersten Reihe von fortschrittlichen politischen Kämpfen stehen oft Jugendliche. Sie sind weniger demoralisiert von Niederlagen und haben noch einen längeren Lebenszeitraum vor sich, für den es zu kämpfen gilt. Außerdem spielt immer auch der Kampf gegen Jugendunterdrückung – sei es durch Familie oder den Staat – eine Rolle. Die Jugend ist dabei allerdings keine eigenständige Klasse. Sie kommt aus der Arbeiter_Innenklasse, Mittelschichten, Kleinbürger_Innenum oder eben der Kapitalist_Innenklasse, ökonomisch ist sie meist abhängig vom Elternhaus und zusätzlich oft auf besonders prekäre Jobs angewiesen.

Ob ein fortschrittlicher Aufstand oder eine Revolution erfolgreich ist, misst sich daran, welche Kräfte die Situation zu nutzen wissen, um dem Großteil der Bevölkerung einen Ausweg aus der Misere zu weisen – wir würden sagen hin zu einem sozialistischen Umsturz und dem Aufbau einer Räte-demokratie mit demokratischer Planwirtschaft. Wenn dieses Ziel erreicht werden soll, braucht es wen, der es vorschlägt und taktische Schwachstellen des Gegners ausnutzen kann. Es braucht also eine politische Führung für den Kampf. Dafür schlagen wir allen militanten und fortschrittlichen Jugendlichen den Aufbau einer Jugendinternationale vor!

Was ist das und wieso brauchen wir das? Wie oben bereits beschrieben sind wir einem international agierendem Gegner ausgesetzt. Die Bosse und Herrscher sind trotz aller Konkurrenz gut gegenüber der Arbeiter_Innenklasse organisiert und verfügen mit Geheimdiensten, Militär und Institutionen wie Weltbank oder internationalem Währungsfonds über mächtige Mittel Volksaufstände zu unterdrücken. Daher müssen auch wir uns international aufstellen und organisieren. Doch wir als Jugend können alleine nicht gewinnen. Wir besitzen nicht die Macht die Produktion zu stoppen oder diese gar selbst zu übernehmen, auch

wenn viele von uns für wenig Geld arbeiten gehen. Daher muss eine Jugendinternationale die Verbindung zur Arbeiter_Innenklasse suchen. Diese braucht aus denselben Gründen wie die Jugend eine internationale Organisation – eine Welpartei, eine neue, fünfte Internationale. Diese muss Kämpfe international zusammenführen und in den jeweiligen Ländern in Aufstände intervenieren um ihnen eine sozialistische Perspektive zu weisen.

Wir wollen das anhand
des Beispiels der chilenischen Revolution veranschaulichen.

Das Beispiel Chile

Seit Oktober befindet
sich Chile in Aufruhr. Die Proteste entzündeten sich an der Ticketpreiserhöhung von U-Bahnen und entwickelten sich rapide weiter bis zu den Forderungen nach einem Sturz der rechten Regierung von Sebastian Pinera, einer Verfassungsänderung durch eine konstituierenden Versammlung sowie umfangreichen Reformen in Sozialversorgungssystem wie Renten und Gesundheitsversorgung.

Teile der Opposition
haben sich durch einen faulen Kompromiss mit der Regierung Mitte November kaufen lassen: Eine Verfassungsreform soll kommen, aber erst im April 2020. Die verfassungsgebende Versammlung soll zur Hälfte aus Delegierten der Bevölkerung und zur anderen Hälfte aus Parlamentsmitgliedern bestehen und mit einer 2/3 Mehrheit in einem Volksentscheid angenommen oder abgelehnt werden. Zu Recht kritisiert der Vorsitzende der Chilenischen Kommunistischen Partei (PC), Guillermo Teillier, dass dieser Schlüssel den Rechten Kräften ein Veto über die Verfassung ermöglicht.

Die breite Masse ließ
sich durch den verräterischen Kompromiss nicht blenden und geht nach wie vor auf die Straße. Zwar haben Gewerkschaften, PC und Frente Ampilo (linke Sammelbewegung „Breite Front“) dem Kompromiss nicht

zugestimmt – von dessen Verhandlungen sie ohnedies ausgeschlossen waren – dennoch machen sie politische Fehler und bremsen den Kampf aus. Sie beschränken sich letztlich auf umfassende politische und soziale Reformen und richten sich nicht auf eine Revolution der Arbeiter_Innenklasse aus.

Was sollte stattdessen eine kommunistische Jugendorganisation und Partei tun? Die Lage in Chile stellt die Machtfrage: Behalten die chilenischen Kapitalist_Innen, Militärs und damit verbunden das Finanzkapital imperialistischer Staaten wie den USA die Macht wie bisher, oder übernimmt die Arbeiter_Innenklasse die Macht? Dazwischen gibt es nichts. Solange das Kapital über die ökonomischen Mittel der Gesellschaft bestimmen kann und den nicht wählbaren Teil des Staates (Militär, Polizei, Geheimdienst, Justiz) kontrolliert, wird die Bevölkerung früher oder später niedergeworfen, werden die Reformen angegriffen. Derzeit versucht sich Pinera noch auf dem Wege fauler Kompromisse zu halten, doch wenn der Protest seine Energie verlieren sollte, kann schnell der entscheidende Schlag gegen ihn erfolgen.

Daher müssten sich Kommunist_Innen auf die Mobilisierung der Arbeiter_Innenklasse fokussieren und folgendes Programm vorschlagen:

Für einen unbefristeten Generalstreik, der die Regierung stürzt, durch eine Arbeiter_Innenregierung ersetzt und sich auf Räte und Milizen der Arbeiter_Innen, einfachen Soldat_Innen und armen Bäuer_Innen selbst stützt!

Enteignung des Großgrundbesitzes, der Schlüsselindustrien, Banken, Bergwerke und ausländischen Kapitale unter ArbeiterInnenkontrolle!

Für einen massiven Ausbau von Sozialem und Infrastruktur: Kostenloser

ÖPNV, massive Erhöhung von Löhnen und Renten und der Aufbau einer staatlichen Gesundheitsversorgung sind nur Teile dessen! – Für einen demokratischen Plan gesellschaftlich notwendiger Arbeiten!

Für
eine verfassungsgebende Versammlung, die unter Kontrolle der Arbeiter_Innenklasse steht! Nein zu jedem Kompromiss mit bürgerlichen Kräften!

Zerschlagung
des bürgerlichen Staatsapparates und Ersetzung durch einen Staat,
der die Macht der Arbeiter_Innen sichert!

Sollten diese
Forderungen von der breiten Masse aufgegriffen und umgesetzt werden,
wären natürlich sofort internationale Angriffe auf die chilenische
Revolution zu erwarten. Hier kommt die Jugendinternationale und eine
kommunistische Internationale der Arbeiter_Innenklasse ins Spiel:
Ihre chilenische Sektion müsste die oben aufgeführten Punkte
aufwerfen, doch letztlich ginge es darum die Perspektive in alle
Länder, insbesondere Lateinamerikas zu tragen und die Angriffe auf
Chile in ihren eigenen Ländern mit Generalstreiks und
Massenprotesten bis hin zu weiteren sozialistischen Revolutionen zu
beantworten. Daher lautet unser Gesamtslogan für Lateinamerika:

Für die vereinigten
sozialistischen Staaten Lateinamerikas!

*Einfach gesagt ist
eine Rezession ein wirtschaftlicher „Abschwung“. Während dieser
Phase stagniert, oder schrumpft die Wirtschaftsleistung eines
Landes/Kontinents o.ä. Damit einher geht der Anstieg der
Arbeitslosenquote. Die Nachfrage (vornehmlich in der Industrie)
sinkt....

Faust in die Luft, Tolhildan - der Widerstand der Kurd_Innen in Rojava

Lorin Dilara

Seit dem 9. Oktober greift die Türkei die Nord- östliche Region Rojava in Syrien an. Hier haben die Kurd_Innen im Machtvakuum des syrischen Bürgerkrieges eine selbstverwaltete Region mit den Ansprüchen: direkte Demokratie, Befreiung der Frau und Ökologie aufgebaut. Die Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG und YPJ) der Kurd_Innen besiegten den sogenannten IS, aber verloren während des Kampfes Tausende Kämpfer_Innen.

Jetzt

sind die Kurd_Innen, die in einer Region des Elends und Krieges selbstverwaltete Strukturen und Mitspracherecht durchsetzten und einen kleinen Frieden erreichten, ein direktes Angriffsziel für die Türkei. Der türkische Staat führt seit der Gründung im Jahr 1923 einen erbitterter Krieg gegen die Kurd_Innen – die größte Nation der Welt ohne Staat – welche für Mitspracherecht und Selbstbestimmung kämpfen. Durch Verbote der Sprache und Kultur, durch große Assimilationen und Unterdrückung, Inhaftierungen und Tötung wurde bereits in der Vergangenheit versucht, die kurdische Selbstbestimmung in Schach zu halten.

Der Angriff der Türkei

Seit dem 17. Oktober wurden 88 Dörfer von der Türkei besetzt und 200 türkische Luft- und

Bombenangriffe durchgeführt, es starben bis zu 68 ZivilistInnen und 150.000 bis 200.000 Menschen sind auf der Flucht. Am 2. Dezember, haben türkische Verbände die Stadt Tal-Riffat bombardiert (nördlich von Aleppo) und 10 Menschen, darunter 8 Kinder getötet.

Die

Türkei hat mit dem Bau einer Mauer entlang der jüngst eroberten rund 120 km langen und 30 Kilometer tiefen Zone zwischen der Grenzstadt Gire Spi (Tel Abyad) und Serekaniye (Ras al-Ain) begonnen. Somit grenzt es jene Gebiete vom restlichen Syrien ab und annektiert diese faktisch in das türkische Staatsgebiet. Der AKP Gouverneur von Sanliurfa hat 4000 Polizeistellen für die besetzten syrisch-kurdischen Städte Ras al Ayn und Tel Abyad ausgesprochen. Die Familien die ursprünglich in dieser Region wohnten, werden vertrieben, bombardiert und angegriffen und dadurch zur Flucht gezwungen. An ihrer Stelle werden Erdogan-nahe Familien angesiedelt, auch dschihadistische Familien sollen Unterkünfte ehemaliger Einwohner bewohnen.

Weiterhin

schiebt die Türkei illegalerweise abertausende Geflüchtete in diese Region ab. Es sind Geflüchtete, die vor dem syrischen Bürgerkrieg, Mord, Tod und Folter durch Assad oder dem IS geflüchtet sind, meist aus anderen Region Syriens kommen.

Eines der

geographischen Hauptziele Erdogans ist die internationale Straße M4 (syrischer Mittelmeerhafen Latakia - Aleppo - syrisch-türkischen Grenze - Mosul (Irak)). Mit der Einnahme über diese Straße werden wichtige Verkehrsknotenpunkte unter Kontrolle des türkischen Staates gebracht.

Trotz

diverser Waffenstillstandsabkommen greift der türkische Staat nach wie vor Nord- und Ostsyrien an. Der

Beschuss von Til Temor und Ain Issa zeigt, dass die Türkei auch über die ihr schon im Deal mit Russland zugesprochene „Sicherheitszone“ hinausgehen will.

Das

Regime bewaffnet Dschihadistische Milizen, welche an vorderster Front als Bodentruppen eingesetzt werden. Mehrere Hinrichtungen von Frauen, Männern und Kindern, Plünderungen, Vergewaltigung und Mord wurden dokumentiert.

Der IS

wird in dieser Situation wieder stärker. Durch den Angriffskrieg der Türkei können die kurdischen Kräfte nicht mehr vollständig die Gefängnisse der IS Kämpfer_Innen kontrollieren. Viele von ihnen kämpfen jetzt Seite an Seite mit der türkischen Armee gegen die Kurd_Innen.

Es ist klar: Die Türkei kämpft

in Nord- Ostsyrien nicht, so wie in ihren Medien propagiert, für Sicherheit und Schutz!

Ziele der Türkei

Die

Türkei verfolgt mit dem Angriff ihr eigenes Ziel als Regionalmacht an der Neuordnung des Nahen Osten mitzuwirken, aber auch innenpolitische Ziele werden vom Regime in Ankara verfolgt.

Die

Türkei steckt seit Jahren in einer Wirtschaftskrise. Diese wird einerseits auf Arbeiter_Innen und Jugendliche abgewälzt. Der Krieg in Syrien schafft eine äußere Ablenkung von den sozialen Angriffen, aber bedient auch ganz unmittelbar ökonomische Interessen:

Die „Toki“ Häuser, die von

staatlichen Bauunternehmen gebaut werden, sollen da, wo zerstört wird, aufgebaut werden und die Baubranche ankurbeln.

Außerdem gibt es Pläne
Fakultäten der Gaziantep Universität in den von Kurd_Innen
besiedelten Gebiet in Rojava zu errichten.

Außerdem will Erdogan in
diesem Gebiet bis zu 2 Millionen Geflüchtete zwangsansiedeln und das
passt wiederum super in den Kram der EU. Erst letzten Monat trafen
sich Seehofer, der Außenminister der Türkei und Griechenland, um
den „Flüchtlingsdeal“ auszubauen und weiter Gelder in die Türkei
zu stecken, damit ja keine Geflüchteten nach Europa gelangen.
Mehrere Milliarden Euro sollen weiterhin in die Türkei fließen auch
die Waffenexporte von Deutschland in Türkei haben sich massiv
erhöht.

Der Hauptgrund des Krieges
bleibt aber, dass Erdogan die kurdische Autonomie und
fortschrittliche Proteste fürchtet. Sie gefährden die Ambitionen
der Türkei, selbst in der Region als Ordnungsmacht zu agieren, mit
der Perspektive ein Neo Osmanisches Reich aufzubauen. Das gilt auch
für die Imperialist_Innen der USA, EU und Russland, die die
grundsätzlichen Grenzen der Region derzeit nicht antasten wollen und
somit keinen unabhängigen kurdischen Staat dulden.

Auch
die pro kurdischen Teile der Bevölkerung, oder Gegner_Innen der AKP
werden mit allen Mitteln bekämpft. So wurden seit den Kommunalwahlen
im letzten März, 28 Ko-Bürgermeister_Innen von den 65 Gemeinden und
Städten die von der pro Kurdischen HDP (Halkların Demokratik
Partisi / Partei der demokratischen Völker) gewählt wurden,
inhaftiert und durch AKP Nähe BürgermeisterInnen zwangsersetzt.

Demonstrations-
sowie Versammlungsverbote bestimmen die Straßen der
östlichen/kurdischen Teile und der Großstädte in der Türkei. Kaum
eine Demonstration findet ohne Knüppelgeschosse, Pfefferspray
Angriffe und Inhaftierungen statt. Fast alle Kader und Mitglieder

linker Gewerkschaften, Parteien, Organisationen sitzen hinter Gittern oder sind ins Exil geflüchtet.

Die

Repressionsmaschinerie der Türkei greift bis nach Deutschland und in die Europäische Union. So wurde öffentlich, dass die türkische Botschaft von den Dekanen an der Uni in Frankfurt, die Namen der kurdischen Studierenden erfragt hatte. Und die Vorstände der Universität wiederum im Asta nach den Namen gefragt hatte. Auch Deutschland, welches weiterhin Waffen liefert und auch vom Flüchtlingsdeal mit der Türkei nicht absieht, unterdrückt kurdische Proteste und Aktivist_Innen, ganz im Interesse des türkischen Geheimdienstes MIT. Auch in Deutschland steht die PKK auf der Liste verbotener Terrororganisationen.

„The Kurds have no Friends - But the Mountains“

Nach dem vermeintlichen Sieg über den IS und dem Rückzug der USA, konnte Erdogan die Kurd_Innen wieder bombardieren. Dabei waren es die Kurd_Innen die den IS am Boden unter massiven Verlusten zurückgedrängt haben. Es ist niemals im ernsthaften Interesse Amerikas, der Europäischen Union oder Russlands gewesen, dauerhaft eine fortschrittliche, kurdische Autonomie in der Region zuzulassen, vielmehr wollen die USA Ihre Machtposition in der Region behalten und sorgen für den Schutz der Ölraffinerien in Rojava. Außerdem befinden sich die Operationszentren der USA und Russland in unmittelbarer Nähe von Til Temer und Ain Issa.

Hier, in Rojava, tobt gerade ein blutiger Stellvertreter_Innenkrieg. Während Russland als „2.Sieger“ aus dem Bürgerkrieg in Syrien hervorgegangen ist und die USA, die „traditionelle Ordnungsmacht“, neben einigen Bombardements wenig erreicht haben, kann Erdogan dieses Machtvakuum nutzen um seine eigenen Interessen zu verfolgen.

Gleichzeitig mussten sich die Kurd_Innen auf die Unterstützung der USA verlassen. Nicht zuletzt, weil Ihre Perspektive von einem unabhängigen kurdischen Staat in der Region im momentanen imperialistischen Gefüge undenkbar ist. Eine Revolution oder ein anderes Gesellschaftssystem wie in Rojava kann niemals auf dem Schutz von imperialistischen Staaten basieren! Für einen Erfolg dürfen die Kurd_Innen keine Hoffnungen in imperialistische Länder setzen – die Verbündeten sind die Lohnabhängigen und Jugendlichen der Region und in den imperialistischen Ländern!

Der Krieg wird auf den Schultern der ArbeiterInnenklasse und Jugendlichen ausgetragen, wir werden einberufen, wir werden zur Kasse gebeten und ausgebeutet. Darum muss es auch Hauptaufgabe eine_r/s jeden Revolutionär_in/en sein, die Arbeiter_Innenklasse der Türkei und der imperialistischen Länder, die diesen Krieg direkt oder indirekt unterstützen, zu organisieren und auf die Straße zu bringen. Ebenso müssen die fortschrittlichen Organisationen der Kurd_Innen gemeinsam mit internationalistischen Organisationen weltweit für die globale Revolution kämpfen, nicht zuletzt zum Schutz der eigenen Erfolge. Sie dürfen bei den eigenen Erfolgen nicht stehen bleiben, besonders nicht dabei Kapitalist_Innen im eigenen Staat zu dulden. Der Sozialismus kann nicht gemeinsam mit dem Kapital erkämpft werden, es gehört enteignet.

Mit einem Generalstreik, können wir die Produktion des Landes lahm legen, und unsere Macht zum Ausdruck bringen. Ebenso muss eine fortschrittliche Bewegung auf Soldat_Innen zugehen, sie davon überzeugen, dass sie auf der falschen Seite kämpfen.

Wir sollten nicht nur unsere Solidarität zeigen, sondern müssen gemeinsam kämpfen und die Arbeiter_Innen und Jugendliche gegen die Kriegsmaschinerie der imperialistischen Staaten mobilisieren.

Hier

in Deutschland müssen wir gegen das Verbot der PKK auf die Straße gehen. Fortschrittliche Kräfte dürfen nicht im Interesse imperialistischer Nationen oder ihrer regionale Partner_Innen kriminalisiert werden.

Wir

müssen die Fabriken, die militärische Güter an die Türkei liefern blockieren. Dabei müssen wir versuchen, die Arbeiter_Innen vor Ort für unsere Ziele zu begeistern, sie dazu bringen, sich Ihrer Position bewusst zu werden und entsprechend zu handeln. Von Spionage Software bis zum Leopard Panzer*, welche immer wieder gegen die Kurd_Innen eingesetzt werden.

Egal

ob in Deutschland oder Rojava! Hoch die internationale Solidarität! Für einen Abzug aller Armeen! Gegen die Hoffnung auf imperialistische Armeen! Für eine breite, massenhafte Arbeiter_Innen- und Jugendbewegung, die gegen den Krieg und in Solidarität mit den Kurd_Innen steht!

Gegen

das Verbot der PKK, getroffen sind die Kurd_Innen gemeint sind wir alle.

Sofortiger

Stopp von allen Rüstungsexporten, unmittelbare Enteignung großer Rüstungsunternehmen wie KMW, Heckler und Koch und Co.

Für

einen türkei-, und europaweiten Generalstreik gegen den Krieg gegen die Kurd_Innen, gegen alle Kriege an denen „Wir“ beteiligt sind, oder von denen hier profitiert wird.

*Gebaut

werden die übrigens von der Kraus Maffei Wegmann GMBH, mit Hauptsitz in München, unter der Leitung von Frank

Handeln statt Hoffen: Welche Strategie für Fridays for Future?

Dieses Papier ist aufgrund einer Strategiedebatte innerhalb der bundesweiten Struktur von FFF entstanden. Als REVOLUTION beteiligen wir uns seit einiger Zeit an den Klimaprotesten und unterstützen diese praktisch. Dieses Papier versucht vor allem zwei Fragen zu beantworten:

1. Wie können wir unseren Protest im nächsten Jahr voranbringen und unsere Forderungen durchsetzen?
2. Wie können wir unsere Struktur verbessern?

Dabei haben wir den ersten Teil vorangestellt, da wir glauben, dass die Inhalte auch maßgeblich das Vorankommen, aber auch die Form unseres Protestes bestimmen. Viel Spaß beim Lesen! Wer Weiteres mit uns diskutieren möchte oder seine_ihre Kritik mit uns direkt teilen will, kann sich unter strategiefff@riseup.net bei uns melden!

Kurze Bilanz

Seit einem Jahr streiken wir und haben es geschafft eine große öffentliche Aufmerksamkeit zu schaffen. Jeden Freitag sind in verschiedenen deutschen Städten Menschen auf die Straße gegangen, zudem gab es 4 internationale Aktionstage. Hierzulande beteiligten sich am 20.09.2019 sogar 1,4 Millionen. Das ist die größte Mobilisierung seit Jahren. Kurz: Viele sind sich der Problematik der Klimakrise nun bewusst und Politik und Medien mussten

sich vermehrt mit dem Thema beschäftigen. Unsere Forderungen wurden allerdings nicht umgesetzt. Mit dem Klimapaket können die Ziele des Pariser Klimaabkommens sowie die 1,5°C Grenze nicht eingehalten werden. Dieses ist nicht mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein. Auch die UN-Klimakonferenz in Madrid endete wieder ergebnislos und hinterlässt mal wieder den Eindruck, dass es kaum Akteure des aktuellen Wirtschafts- und Staatensystems gibt, die unsere Klimaziele umsetzen wollen. Aber wir wollen uns nicht demoralisieren lassen, sondern fragen uns: Was nun?

Welche Strategie brauchen wir?

Wie schon geschrieben: Wir sind Viele. Aber das reicht nicht aus, um etwas zu ändern. Damit wir mehr werden – und vor allem mehr erreichen – müssen wir im nächsten Jahr gezielter vorgehen. Statt Klimaschutz individuell zu denken (Was kann jede_r von uns einzeln tun?) müssen wir kollektive Verbesserungen erkämpfen. Das hat zwei Gründe: Zum Einen sprechen wir so mehr Menschen an, denn aktuell wird Klimaschutz nur mit Verzicht, Verboten und Steuererhöhungen in Verbindung gebracht. Das schreckt ab, da sich das viele nicht leisten können und auch keine gute gesamtgesellschaftliche Perspektive ist. Zum Anderen schaffen wir es dadurch im Hier und Jetzt Veränderungen zu erwirken, die nicht nur unseren Lebensstandard erhöhen, sondern auch schnellere Auswirkungen auf unsere Lebensgrundlage haben. Zusätzlich haben wir als Bewegung dann einen greifbaren Erfolg! Konsumprotest kann nur ein begleitendes Mittel sein. Denn was nutzt ein bewusster Verzicht, solange die von uns genutzte Energie durch Kohleverstromung erzeugt wird oder Massenvernichtungswaffen gebaut werden?

Dazu müssen wir die Interessen der Mehrheit nach einem Arbeitsplatz, einer gut bezahlten Zukunft, einem besseren Leben in

unsere

Forderungen mit einbeziehen. Also kurz: Lasst uns für Verbesserungen statt Verbote eintreten! Damit genau das umgesetzt wird, müssen wir Interessenvertretungen eben jener miteinbeziehen. In diesem Fall sind es die Gewerkschaften, sowie die politischen Parteien, mit denen diese verbunden sind.

Diese haben zwar in Fragen des Klimaschutzes in der Vergangenheit nicht allzu

viel erreicht, aber organisieren bereits eine Masse an Leuten, die wir mit unseren Forderungen erreichen wollen und können. Ein zentraler Ansatzpunkt für

eine erfolgreiche Kampagne sind somit die Tarifrunden der Länder im nächsten

Jahr. Dort müssen wir uns als Fridays for Future beteiligen und gleichzeitig eine eigene Position mit hereintragen, um Kämpfe zu verbinden.

1. Wie können wir die Kohlesubventionierung beenden und den Beschäftigten eine Perspektive bieten?

Hier sollten wir für einen

Branchentarifvertrag eintreten. Dies bedeutet einheitliche Bezahlung in der Energiebranche, damit sie nicht gegeneinander ausgespielt werden. Werden dann

Kohlekraftwerke geschlossen, bedarf es kostenloser Umschulungen und der Erschließung neuer Jobs, beispielsweise im Bereich der erneuerbaren Energien,

die dann automatisch zu gleichem Lohn stattfinden muss, damit die Beschäftigten

eine Perspektive für weitere Arbeit haben. Dies muss dann beispielsweise durch

die aktuelle Subventionierung der Kohle gezahlt werden, sowie durch die stärkere Besteuerung von Unternehmen wie RWE. Weigern sich diese, müssen wir

für die Enteignung dieser Firmen eintreten, die jahrelang von der Zerstörung unserer Lebensgrundlage profitiert haben.

- **Verkehrswende
statt Klimawandel!**

Dies kann nicht alleinig durch E-Mobilität beendet werden. Wir müssen für einen kostenlosen ÖPNV eintreten, unter Kontrolle der Beschäftigten und Nutzenden. Statt den Schwerpunkt auf individuelle Verkehrswege zu legen, sollten wir auf die Verbesserung von kollektiven Fortbewegungsmitteln setzen. Diese Forderung kann nur real werden, wenn wir für massive Investitionen in die Bahn eintreten, für mehr Personal mit besseren Löhnen und den Ausbau der Streckennetze. Dazu müssen wir aktiv auf die Beschäftigten zugehen und sie einladen, gemeinsame Aktionen mit uns zu machen. Beispielsweise bedarf es Vollversammlungen in Schulen und Betrieben, wo wir gemeinsam über diese Thematik diskutieren können und müssen. Daneben können wir auch unsere Streiks miteinander verbinden. Statt uns auf das Gerede der Konzerne und Regierungen zu verlassen, dass nicht genug Geld dafür da ist, sollten wir für die Einsicht in die Geschäftsbücher eintreten. Schließlich geht der Klimaschutz uns alle an.

- **Holt die Gewerkschaften mit ins Boot!**

Nicht umsonst sind im Rahmen des weltweiten Generalstreiks 1,4 Millionen Leute auf die Straße gegangen. Das zeigt: Diese Aufforderung hat Wirkung. Wenn wir mehr als das Klimapaket haben wollen, dann müssen wir uns diesem Mittel bedienen! Dadurch, dass Unternehmen Verluste einfahren, erwirken wir Druck auf Politik und Kapital. Wir als Fridays for Future müssen deshalb die Gewerkschaften zum Einen offen aufrufen, dies mit uns

gemeinsam zu veranstalten, indem sie a) offen dazu aufrufen und b) im Vorfeld

Vollversammlungen an den Betrieben organisieren. Durch die oben genannten

Forderungen haben wir dann gleichzeitig Kontakt zur Belegschaft und können dies

ebenfalls unterstützen, sollte dies nicht passieren. Nur so können wir uns in Stellung bringen, unsere Forderungen durchzusetzen. Gemeinsame Kämpfe mit den

Beschäftigten sind in einer Situation, in der die Wirtschaft weltweit stagniert, besonders wichtig. Denn wir dürfen nicht zulassen, dass die Unternehmen die

Kosten der ökologischen Krise durch Massenentlassungen und Auslagerung von

umweltschädlicher Produktion in andere Nationen auf den Schultern der Lohnabhängigen abladen.

▪ Klimaschutz kennt keine Grenzen!

Das Problem des Klimawandels

lässt sich nicht in einem Land lösen. Wenn wir wachsen wollen, müssen wir unsere

Kämpfe verbinden und über Nationalstaatsgrenzen hinweg gegen eine Politik eintreten, die dafür sorgt, dass die Produktion in andere Länder verlagert wird

und dort Löhne drückt, sowie die Umwelt zerstört. Ein Schritt dahin ist, Bewusstsein dafür zu schaffen und für die Anerkennung von Umweltzerstörung als

Fluchtursache und volle Staatsbürger_Innenrechte für Geflüchtete einzutreten.

Ebenso müssen die Länder, die besonders unter den Folgen des Klimawandels

leiden, durch Zahlungen der Klimakillerkonzerne, wie beispielsweise RWE, entschädigt werden.

Welche Struktur brauchen wir um das zu erreichen?

a) Damit unser

Protest nicht stagniert und wir schnell handlungsfähig bleiben, bedarf es ebenfalls Aktions- und Streikkomitees an den Orten, an denen wir uns tagtäglich

bewegen. Also an Schulen, Unis und Betrieben. Warum? Viele Aktivist_Innen gehen

regelmäßig Freitags auf die Straße. Anstelle sich nur unter Gleichgesinnten zu

bewegen und die Spaltung in der Umweltfrage zu vertiefen, lohnt es sich durch

Mobilisierungen, Vollversammlungen und kleineren Aktionen vor Ort die Debatte

zu anderen Leuten zu bringen. Das sorgt für eine stetige Auseinandersetzung und

befähigt gleichzeitig Viele von uns sich mehr einzubinden. Vor allem, da es für

Viele leichter ist, sich dort zu organisieren, wo sie sich tagtäglich bewegen.

Es ist unsere Aufgabe offen um unsere Perspektive zu streiten und damit neue

Aktivist_Innen für unsere Ziele zu gewinnen.

b) Diese Basiskomitees können dann Vertreter_Innen ins Plenum schicken und Delegierte wählen. Dieses System hat mehrere Vorteile. Denn aktuell ist das Problem, dass sich nicht alle von uns verantwortlich fühlen, für die Sachen die entschieden und umgesetzt werden. Dadurch machen manche Menschen sehr viel Arbeit und haben viel Verantwortung Alles zu entscheiden. Der Großteil an Menschen wird in diesen Prozess nicht einbezogen und übernimmt daher nur ab und zu Aufgaben.

d) Warum ist das

wichtig? Wir sind eine Jugendbewegung, die es geschafft hat ins Gespräch zu kommen. Unser Ziel muss aber auch sein, dass

Aktivist_Innen selbstständig lernen zu handeln anstatt zu hoffen. Also sich eigenständig an unseren Strukturen zu beteiligen. Dies geschieht vor allem

auch darüber, dass wir offen über Inhalte und Entscheidungen diskutieren.
Nicht
um der Selbstbeschäftigung willen, sondern um der Bewegung willen. Nur
wenn wir
demokratische Strukturen haben, an denen sich alle beteiligen können,
schaffen
wir es auch eine demokratische Bewegung zu sein.

e) Deswegen müssen

unsere Delegierten auch jederzeit rechenschaftspflichtig und wähl- und
abwählbar sein. Jede_r soll und darf Ideen einbringen, gleichzeitig müssen
zentrale Momente der Bewegung wie Aktionstage, Forderungen und
Perspektiven
gemeinsam besprochen und abgestimmt werden. Das muss aber auch für alle
Aktivist_Innen
überprüfbar sein. Ansonsten droht die Gefahr, dass wichtige strategische
Entscheidungen nur von einem kleinen Teil getroffen werden. Was aber
passiert
wenn sich herausstellt, dass diese falsch oder nicht im Interesse des
gemeinsamen Ziels (Klimaschutz, yeah!) sind?

f) Um das zu

ermöglichen, brauchen wir Aktions- und Perspektivkonferenzen. Dort sollten
sich
alle Aktivist_Innen treffen können und die Chance haben, über die zentralen
Entwicklungen und unterschiedlichen Ausrichtungen, die es gibt (und immer
geben
wird), zu entscheiden. Der SoKo war hierfür ein guter Auftakt, aber wir
brauchen nicht nur Momente des Empowerments, wir brauchen offene
politische
Debatten, Anträge, Wahlen und Entscheidungen. Eine solche Konferenz sollte
im
Vorfeld eine offene Antragsphase haben.

g) Unser Ziel ist

es nicht nur eine zeitweise Bewegung zu schaffen, sondern die Gesellschaft

zu

verändern! Hierfür brauchen wir nicht nur Leute, die regelmäßig auf die Straße

gehen und teilweise in den jeweiligen FFF-Ortsgruppen aktiv sind, nein, wir brauchen Leute, die offen um ein politisches Programm diskutieren, die sich einen

Kopf machen. Dafür müssen wir allen Teilen der Bewegung gleiche demokratische

Rechte geben. Es braucht offene Diskussion, ob die bittstellende Haltung gegenübergestellt der Bundesregierung überhaupt die Chance hat, unsere Ziele zu

erreichen oder ob wir eine gesamtgesellschaftliche Bewegung brauchen, die selbst die Zügel in die Hand nimmt und die gesellschaftliche Produktion unter

dem Ziel der gleichen Möglichkeiten unter den Menschen und der nachhaltigen

Beherrschung der Umwelt durch die Menschheit zum Ziel hat. Wenn die Perspektive,

die die Bewegung aktuell einnimmt, richtig ist, dann sollte sie auch eine offene Debatte darüber überstehen und alle Teile der Bewegung darin bestärken

für ihre Position zu kämpfen. Sollte die Position hingegen falsch sein und wir keine Debatte darüber führen, so würden wir damit die riesigen Chancen eine

neue Generation bewusster Aktivist_Innen zu begeistern und in Bewegung zu bringen, verschenken.

Das Ganze könnt ihr hier auch nochmal als PDF herunterladen:

StrategiepapierFFF_RevoDownload

Der Fail von Madrid

Warum die Weltklimakonferenz gescheitert ist und was wir daraus lernen können:

Die Weltklimakonferenz in Madrid ist auf ganzer Linie gescheitert. Das Abschlussdokument ist dementsprechend mehr als lächerlich.

Nahezu alle wichtigen Fragen, wie der Umgang mit den Emissionszertifikaten oder die Entschädigung der ärmeren, vom Klimawandel umso stärker betroffenen Länder,

wurden auf die nächste Konferenz im November 2020 in Glasgow verschoben. Was

übrig bleibt sind wage nationale Klimaschutz-„Zusagen“. Da findet selbst die Bundesregierung kaum noch etwas, was man schönreden könnte. Eine zeitliche

Verlängerung der Verhandlungsdauer um ganze 40 Stunden hat da auch nicht mehr viel gebracht.

Und wenn eine solche Konferenz um noch so viele Stunden mehr verlängert werden würde: das Problem ist nicht zu wenig Zeit oder zu wenig Engagement, sondern die im Zuge der Krise des Kapitalismus sich international

zuspitzende Konkurrenz zwischen den Nationalstaaten. Seit der großen Weltwirtschaftskrise 2007/2008 gibt es auf dem Weltmarkt weniger zu holen, sodass sich der Kampf um den verbliebenen Rest vom Kuchen zwischen den einzelnen Akteuren massiv verstärkt hat. Da sich Klimaschutz und wirtschaftliche Profite entgegenstehen, traut sich keiner der global player einen Schritt „zu weit“ in Richtung Nachhaltigkeit zu machen, da man dann in der

internationalen Konkurrenz einen Nachteil fürchtet. Aus diesem Grund sind die

USA bereits vor einiger Zeit aus dem Pariser Abkommen ausgetreten und

ihre

Hauptkonkurrentin China, traute sich nun auf der Weltklimakonkurrenz kaum noch

Zugeständnisse zu machen. Die EU hat noch einmal versucht ihren politischen

Anspruch, ebenfalls eine globale Führungsmacht zu sein, deutlich zu machen,

indem sie sich (allen voran Ursula von der Leyen) als „Zugpferd für mehr Klimaschutz“ inszenierte. Wirklich was geliefert hat sie jedoch nicht.

Madrid ist nur ein weiteres Beispiel dafür, wie die nette

Idee von der „Weltdemokratie“ der UNO und anderen ähnlichen Institutionen radikal in Frage gestellt werden, sobald der Ton in der Weltwirtschaft rauer wird und die Wachstumsraten sinken. Madrid steht dabei auch im Schatten des

Scheiterns des internationalen Atomabkommens oder dem aktuellen Handelskrieg.

Wir schließen daraus, dass es keine Weltdemokratie geben kann, solange die Welt

aus Nationalstaaten besteht, die in Konkurrenz zueinander stehen. Vielmehr handelt es sich bei der UNO ebenso wie beim IWF und ähnlichen Agenturen, um

Organe zur Durchsetzung imperialistischer Machtinteressen, die in Zeiten zugespitzter Konkurrenz zum Stillstand kommen. Dass diese nie Arenen freier

Aushandlung waren, zeigen allein schon die fünf Veto-Mächte. Da aber das kapitalistische System den Motor der Konkurrenz und die Säule der nationalstaatlichen Form darstellt, müssen wir eine internationale antikapitalistische Klimabewegung aufbauen, um diesen Widerspruch auflösen und

den Planeten noch irgendwie retten zu können. Zulange haben wir den kapitalistischen Institutionen und den bürgerlichen Politiker_innen vertraut, dass sie schon eine gute Lösung fürs Klima finden werden. Der letzte Aktionstag

von Fridays for Future war zwar immer noch groß aber hat auch eher auf die

UN

gehofft als selber etwas gemacht. Die (nicht vorhandenen) Ergebnisse aus Madrid

sollten deshalb in Fridays for Future neue Diskussionen anstoßen, wo wir eigentlich hinwollen und wer diese Veränderung umsetzen kann. Spätestens nach

diesem Wochenende sollte nämlich allen klar sein: Klimaschutz bleibt Handarbeit. Was wir brauchen sind Basisstrukturen in Schulen, Unis und Betrieben, die demokratisch diskutieren und Konzepte erarbeiten, begleitet von

großen internationalen Aktionskonferenzen, auf denen wir gemeinsame Forderungen

erarbeiten und deren Umsetzung kontrollieren können. Wir haben kein Vertrauen

mehr in die kapitalistischen Institutionen, Verbände und Parteien.

Das Gerede von „neuer umweltfreundlicher Technologie“ und dem „Green Deal“ können wir nicht mehr hören, denn klar ist: Wenn sich Natur

und Profit sowie Nationalstaatlichkeit und internationaler Klimawandel widersprechen, kann es auch keinen „grünen Kapitalismus“ geben. Der Klimawandel

ist für uns in erster Linie keine Frage der Technologie sondern des gesellschaftlichen Umgangs mit Natur. Es ist also nicht die Natur die gestört ist, sondern das Verhältnis, das unser Wirtschaftssystem zu ihr hat. Genau deshalb bedeutet Kampf fürs Klima auch Kampf für eine andere Gesellschaft. Ansätze für diesen Kampf kommen auf der ganze Welt gerade nicht nur aus der

Klimabewegung sondern auch in Chile, Irak und Libanon gegen den Neoliberalismus, in Rojava und Chile gegen das Patriarchat oder in sehr vielen

Ländern gegen den internationalen Rechtsruck. Dass insbesondere die Rechtspopulisten Trump und Bolsonaro die größte Blockadehaltung auf der Weltklimakonferenz eingenommen haben, zeigt uns nur wieder einmal deutlich,

dass sich unsere Klimabewegung klar gegen Rechts positionieren muss. Lasst uns also aus Madrid lernen und ausgehend von Fridays for Future und allen anderen fortschrittlichen Bewegungen auf der Welt eine internationale antikapitalistische Bewegung zur Rettung dieses Planeten aufbauen. Spätestens jetzt heißt es: Handeln statt Hoffen!

Proteste und Gentrifizierung in Leipzig-Connewitz

Von Leonie Schmidt, REVOLUTION und ArbeiterInnenmacht

Seit einigen Jahren boomt Leipzig, viele Menschen ziehen in die sächsische Stadt. Das schlägt sich natürlich auch auf dem Wohnungsmarkt nieder. Allerdings nicht nur in den sowieso schon teuren Gegenden, sondern mittlerweile auch in alternativen Stadtvierteln wie Plagwitz oder auch im Szeneviertel Connewitz, welches schon seit den 1990ern für seine linken Freiräume bekannt ist. Während die Häuser hier vorerst unangetastet blieben, kam es in den letzten Jahren zu Mieterhöhungen, Renovierungen und Neubauten. Wirklich günstig kann man mittlerweile hier auch nur noch leben, wenn man einen 15 Jahre alten Mietvertrag hat.

Aktuell gibt es gleich mehrere Projekte für Luxusbauten, wie beispielsweise drei in der Wolfgang-Heinze-Straße, welche die Mietpreise in die Höhe treiben und Menschen aus dem Kiez verdrängen. Andere sind ebenfalls schon fertig gestellt wie die Studierendenapartments am

Connewitzer Kreuz, in welcher ein 19 m² kleines Apartment mal eben 525 Euro kosten kann oder die Neubauten neben dem „Werk 2“, für die die alten Hausbestände abgerissen und die alten Anwohner_Innen verdrängt wurden. Auch eine Nebenkostenabrechnung wird mal schnell um 100 Euro in die Höhe getrieben, um Mieter_Innen noch mehr auszusaugen. Anwohner_Innen wie geringfügig Verdienende, Arbeiter_Innen, Sozialleistungen Beziehende, Azubis und Studierende, welche nicht von den Eltern finanziert werden, können sich solche Wohnungen bereits jetzt kaum leisten. Zwischen 2012 und 2016 stiegen die Mietpreise um 21 %, 2017 gar um 10 %, 2018 pendelten sie sich wieder auf „moderate“ 5,5 % ein. Zukünftig werden sie sich wohl immer weniger ihre Wohnungen leisten können, zumal viele mit stagnierenden Löhnen und Unterstützungen zurechtkommen müssen, die schon jetzt nicht zum Leben reichen. Zusätzlicher Stress ist gegeben durch den Zwang umzuziehen und etwaige polizeiliche, alles andere als friedliche Räumungen.

In

Connewitz regt sich hiergegen Protest und so gibt es einige Ansätze die sich gegen die Verdrängung richten. Zum einen gibt es die Vernetzung Süd, welche es sich zum Ziel gemacht hat, Mieter_Innen an einen Tisch zu bringen und durch Kundgebung und Demos eine Veränderung zu bewirken. Sie fordert durchaus Schritte zur Vergesellschaftung, die sie taktisch durch den Mieter_Innenverein bewirken will, welcher sich politisch mehr engagieren soll.

Auf

der anderen Seite gibt es autonome Proteste, welche in den letzten Monaten Schlagzeilen machten und auch im Fernsehen landeten, da erstmalig im Leipziger Kontext nicht nur Bagger brannten, sondern auch eine führende Mitarbeiterin einer für einen Neubau verantwortlichen Immobilienfirma zusammengeschlagen wurde.

Das

ging für die Behörden zu weit. Die SOKO Linx gegen Linksextremismus wurde gegründet und ein 100.000 Euro hohes Kopfgeld auf die

Täter_Innen ausgesetzt. Der Staat ruft also eine Hexenjagd aus. Indem er die öffentliche Entsolidarisierung bezahlt, werden zeitgleich vermehrte Polizeikontrollen und Streifen im Leipziger Stadtteil gerechtfertigt. Das eigentliche Probleme, die Verdrängung tausender Mieter_Innen, die vor allem die ärmeren Schichten der Arbeiter_Innenklasse trifft, darunter viele Renter_Innen, Alleinerziehende, Frauen, MigrantIn_nen rückt zugleich in den Hintergrund. Die Immobilienwirtschaft, Bauunternehmen und die Wohnungsspekulant_Innen inszenieren sich als Opfer und nutzen die Chance, nicht nur von ihren Profitinteressen abzulenken, sondern auch, um alle Mietproteste mal unter eine Art „Generalverdacht“ zu stellen, alles kaputt machen zu wollen.

Diese Kriminalisierungsversuche aller, die sich gegen die Verdrängung wehren, lehnen wir ab. Wir fordern die Auflösung der SOKO Linx, der Bespitzelung der Szene und der Polizeikontrollen. Nicht brennende Bagger und aus Wut und Empörung erwachsende individuelle, politisch falsche Aktionen, sondern die Profithaie in der Bau- und Immobilienwirtschaft stellen das eigentliche Problem dar. Durch die Ausschreibung eines Kopfgeldes zeigen die Polizeibehörden freilich einmal mehr, dass ihnen die „Anschläge“ nur als Vorwand für verschärfte Repression, Bespitzelung und Hetze dienen, dass sie als Erfüllungsgehilfen auf Seiten des Kapitals stehen.

Auch wenn wir den Willen, etwas gegen die Verdrängung zu tun, berechtigt finden, so schaden individuelle „autonome“ Brandlegungen oder physische Angriffe auf Vertreter_Innen des Kapitals dem Widerstand gegen die neue Immobilienwirtschaft jedoch mehr, als dass sie ihm helfen. Sie bieten keine Perspektive und erweisen sich als politisch kontraproduktiv. Sie stoppen die Vorhaben nicht. Allenfalls verzögern sie einzelne Baumaßnahmen. So erklärte ein Verantwortlicher einer Immobilienfirma im MDR-Fernsehen, dass der Bau höchstens um ein paar Wochen verzögert wäre, wenn Bagger auf einer Baustelle brennen

würden. Und ob Angriffe auf Mitarbeiter_Innen überhaupt irgendeinen Effekt auf die Bauzeit haben, sei dahingestellt.

Aktionen

wie der physische Angriff auf eine Mitarbeiterin einer Immobilienfirma dienen eher den Zwecken jener, die sich eine goldene Nase am Elend der Mieter_Innen verdienen. Sie tragen letztlich einen reaktionären Charakter. Für einen Großteil der Mieter_Innen führen solche Aktionen zur Abwendung von einer radikalen Perspektive für die Wohnungsfrage. Selbst jene, die es für sinnvoll halten, werden höchstens auf die nächsten geheimen Aktionen dieser anonymen autonomen Jedi-Ritter_Innen hoffen, als dass sie aktiv werden. Die individuelle Kleingruppenaktivität lässt also selbst Sympathisierende als passive Zuschauer_Innen zurück, verkommt im Grunde zu einer Form von Stellvertreter_Innenpolitik.

Den

Zwecken des Wohnungsbaukapitals kommt das durchaus gelegen. Die Masse der Mieter_Innen wird verunsichert und von der notwendigen Organisation eher abgeschreckt denn ermutigt. Dabei könnte nur eine Bewegung die Verdrängung stoppen, die sich auf breite Bündnisse, Mieter_Innenversammlungen und -komitees stützt und um konkrete politische Forderungen formiert – nicht nur in Connewitz, sondern in ganz Leipzig, ja bundesweit.

Der

Wohnungsmarkt selbst bildet schließlich einen Teil des kapitalistischen Gesamtsystems. Diesem droht die Krise, doch das Grundbedürfnis zu wohnen hat noch Potential für höhere Renditen. Gleichzeitig subventioniert der Staat Investitionen in Betongold massiv, ob über Baubezuschussung oder indirekt durch Wohngeld. Der Kampf der Mieter_Innen muss daher als Klassenkampf geführt werden. Die Bedürfnisse, zu wohnen und hieraus Gewinn zu schlagen, stehen einander entgegen. Und so werden es wohl kaum die sich abgrenzenden individuellen autonomen Gruppen sein, denn um die Gewinne am Wohnungsmarkt zu vereiteln und ausreichend leistbaren und

hochwertigen Wohnraum schaffen zu können, braucht es definitiv mehr und mächtigere Aktivist_Innen.

Somit

brauchen wir eine antikapitalistische bundesweite Mieter_Innenbewegung. Hierfür brauchen wir eine Strategiekonferenz, in der wir offen um eine Perspektive der Mieter_Innenbewegung streiten und gemeinsam in Aktion treten. Eine erfolgreiche Bewegung braucht den Schulterschluss mit der Arbeiter_Innenbewegung. Wir müssen jede Mieterhöhung als Angriff auf unsere Löhne verstehen. Die Aufgabe von kämpfenden Arbeiter_Innen ist es hier, die Gewerkschaften und die Beschäftigten in der Branche (z. B. Bauarbeiter_Innen, Reinigungskräfte, Instandhaltung, Hausmeister_Innen, ...) ins Boot zu holen.

Wir

müssen die Wohnungsfrage mit der Eigentumsfrage verbinden. Forderungen wie die entschädigungslose Enteignung der Immobilienkonzerne unter Kontrolle der Mieter_Innen und Beschäftigten sind hier ein Ansatzpunkt. Ein gutes Beispiel dafür ist die Berliner Initiative Deutsche Wohnen & Co. enteignen, welche durch ihre Aktionen das Konzept der Enteignung wieder in aller Munde gebracht hat. So muss nun beispielsweise auch die SPD einen mehr oder minder löchrigen Mietendeckel umsetzen. Aber die Organisation gegen hohe Mieten und Luxus-Neubauten darf sich nicht nur grundsätzlich auf die Wohnungsfrage beziehen, sie muss erweitert werden auf alle Fragen, die das Leben in einer Stadt, also beispielsweise Kulturräume und öffentliche Verkehrsmittel, und generell den Kampf gegen den Kapitalismus, also Enteignung der Betriebe und demokratische Arbeiter_Innenkontrolle, betreffen. Daher fordern wir, die entschädigungslose Enteignung aller „Miethaie“ und die Kontrolle des Wohnraums unter Arbeiter_Innenkontrolle zu stellen, sowie einen massiven Ausbau von Sozialwohnungen und Infrastruktur in der Stadt, kostenlose öffentliche Nahverkehrsmittel und Kulturangebote für alle.

Nach SPD-Parteitag: Das Ende der Groko?

Alex Metzger

Anfang Dezember hat die SPD eine neue Parteispitze gewählt. Dabei wurde dem neoliberalen Kurs der Befürworter_Innen der Großen Koalition, also dem traditionell rechten Flügel eine Absage erteilt. Eindeutig war das Ergebnis aber nicht. Von den gerade einmal 54% der Mitglieder, die überhaupt an der Abstimmung teilgenommen haben, schaffte es das Duo Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans gerade einmal auf knapp 115.000 Stimmen, gegen die gut 98.000 Stimmen für Scholz/Geywitz. Dass das Ergebnis trotzdem eine massive Niederlage für die etablierte Führungsriege darstellt, ist mehr als offensichtlich. So hatten die meisten prominenten Mitglieder der SPD, so wie die Mitglieder des Regierungskabinetts, für die konservative Ausrichtung Stimmung gemacht und sind damit gescheitert.

Zum Parteivize wurde Kevin Kühnert, Vorsitzender der Jusos, gewählt. Auch er steht für einen regierungskritischen Kurs, hat nach der Bundestagswahl eine Kampagne gegen den Eintritt der SPD in die Bundesregierung angeführt und konnte sich so in der Parteibasis einen Namen machen (zumindest stimmten damals 30 % gegen den Eintritt in die Regierung, wobei die Parteiführung sich stark dafür aussprach). Gleichzeitig zeigt er sich versöhnlicher und reicht dem Konservativen Flügel mit Kommentaren wie „Ich nehme nicht wahr, dass irgendjemand in der sozialdemokratischen Partei eine Oppositionssehnsucht in sich trägt“ die Hand. Praktisch sieht das dann so aus, dass neben Kühnert auch Hubertus Heil als Vize gewählt wurde. Um weiteren politischen

Kämpfen zu entgehen, wurde das Gremium kurzerhand aufgestockt.

Diese Wahl kann durchaus als Aufforderung zu einem eindeutigen Kurswechsel der Politik der SPD verstanden werden. Schließlich sind seit knapp 20 Jahren jene Kräfte in der SPD an der Spitze, die sich für die unsoziale Politik der Agenda 2010, also für Leih- und Zeitarbeit, für Hartz 4, die Erhöhung der Mehrwertsteuer und für Kriegseinsätze ausgesprochen haben und letztlich dafür verantwortlich, dass die SPD bei der letzten Bundestagswahl lächerliche 20,5 Prozent einfuhr, das schlechteste Ergebnis der Nachkriegszeit.

Die kommenden Wochen werden zeigen, ob die neue Führung bereit ist, gegebenenfalls den Bruch mit der großen Koalition und damit einhergehende Neuwahlen durchzuziehen, oder ob sie doch vor der etablierten Führungsriege der Partei kuschen und den versprochenen Kurswechsel auf die Zeit nach der nächsten Bundestagswahl verschieben.

„Nikolaus ist Groko aus“ ?

Auch wenn Esken und Walter-Borjans auf der Seite der Regierungsgegner_Innen stehen, konnten sie sich bis jetzt erfolgreich um eindeutige Aussagen über den Verbleib in der Bundesregierung drücken. Dem unmittelbaren Austritt aus der Regierung wurde auf dem Parteitag Anfang Dezember erstmal eine Absage erteilt. Die flügelübergreifende Argumentation war, dass man zunächst auf die Verhandlungen der „Halbzeitbilanz“ mit der CDU warten wolle. Je nach Ausgang wird der Austritt dann entweder durchgezogen oder eben nicht.

Die „Halbzeitbilanz“ war ein Kompromiss, den der linke Flügel der Gesamtpartei nach den langwierigen Verhandlungen um die Groko abringen konnte.

Diese uneindeutige Positionierung wird aber zumindest von einigen guten Inhalten begleitet. So machte das

neue Führungsduo mit der Forderung nach einem Mindestlohn von 12 Euro, eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer und dem Ende der „schwarzen Null“, also dem de facto Investitionsstopp der Regierung in die soziale Infrastruktur, auf sich aufmerksam. Weiterhin stimmte die Partei darüber ab, in Städten mit hohem Wohnkosten Mieten für die nächsten 5 Jahre einzufrieren oder Mieterhöhungen zumindest an das Inflationsniveau zu koppeln.

In Sachen Umweltpolitik ist auf diesem Parteitag wenig konkretes zustande gekommen. Die Partei sprach sich dafür aus, das Klimapaket nachzubessern. Im Leitantrag des Parteitages wird ein sozialdemokratischer „Green New Deal“, der einen ökologischen Umbau der Gesellschaft sozial Verträglich gestalten soll. Ein Auszug, der den Kern dieser Dealpolitik gut beschreibt: „Wenn wir die Transformation richtig gestalten, wird aus ihr eine neue Phase der Prosperität hervorgehen“, die Ausrichtung auf Wirtschaftswachstum und den Erhalt der Profite der Industrie bleibt immer im Blick. Letztlich werden durch staatliche Investitionsprogrammen die Kosten für den Kampf gegen die ökologische Krise auf die Arbeiter_Innenklasse abgewälzt. Ein klassenkämpferischer Ansatz, der Industrie und Kapital selbst für Ihre Krise aufkommen lässt, fehlt völlig.

Wohin der Kurs führt, wird direkt damit zusammenhängen, ob sich der linke Flügel mit dem Austritt aus der Regierung durchsetzt, oder ob die guten Ambitionen in faulen Kompromissen untergehen. Indes ist eindeutig, wofür sich Medien, aber auch die Bürokratie in den Gewerkschaften positionieren: für die Bundesregierung, für den neoliberalen Kurs, für ein „weiter so“, unabhängig davon, was dieser Kurs für die SPD für die nächste Bundestagswahl bedeutet.

Wo steht die Partei?

Die SPD befindet sich in einer

historischen Krise. Neoliberale Agenda-Politik, Waffenexporte, fehlende Solidarität in der Grenzpolitik und der militaristische Ausbau der EU und damit auch die Militarisierung hier in Deutschland sind in den letzten 20 Jahren von ihr mitgetragen oder sogar initiiert worden. Die Konsequenzen, wie massive Stimmenverluste zu den letzten Bundestagswahlen und das fehlende Vertrauen der Millionen von Arbeiter_Innen, die unmittelbar unter der „Verarmungspolitik“ der SPD leiden müssen, sind mehr als offensichtlich.

Natürlich führt das auch innerhalb der Partei zu massiven Bruchpunkten. Der ständige Führungswechsel der letzten Jahre hilft dabei wenig, das Vertrauen in die Partei zu bestärken. Im Gegenteil: Die letzten SPD Vorstände seit Sigmar Gabriel, der die Partei mit seinem rechten Kurs von 2009 bis 2017 anführte, gab es schon 2 gescheiterte Parteiführungen, Andrea Nahles und Martin Schulz. Beide waren weniger als ein Jahr im Amt und mussten als Bauernopfer für die schlechten Wahlergebnisse der SPD so wie ihren halbherzigen Linksruck herhalten.

Die Fortführung der Regierungspolitik der SPD bei gleichzeitiger inhaltlicher Stagnation, wie es in den letzten Jahren geschehen ist, werden dabei garantiert dazu führen, dass die SPD in der Bedeutungslosigkeit versinkt und bei der nächsten Wahl von der AfD und den Grünen überholt wird.

Sehenden Auges wird das von der alten Führungsriege, dem Parteiapparat und ebenso von der DGB Führung in Kauf genommen. So äußerten sich DGB Chef Hoffmann: „Die Menschen brauchen Sicherheit im Wandel.“ SPD und Union müssen gemeinsam darüber reden, „welche neuen Perspektiven in Angriff genommen werden“

Ähnlich äußert sich IG-BCE-Chef Michael Vassiliadis, der betont in einem offenen Brief an seine Gewerkschaftsführung die Notwendigkeit einer funktionierenden Regierung für den Standort Deutschland.

Auch der ver.di-Vorsitzende Wernecke bezieht sich positiv auf die Koalition: „Die Halbzeitbilanz der Regierung kann aus Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnensicht sowie gesamtgesellschaftlich in mehreren Punkten Positives vorweisen.“

In einem Ton mit den großen Nachrichtenhäusern, „Es wird mit einem Wimmern enden“(Zeit), „Sozialdemokraten geben die „Mitte“ auf“(FAZ), „Gut gemacht, Genossen!“ (Zeit), zerreißen sich stellvertretend für die CDU Kramp-Karrenbauer und Merz die Mäuler. Während AKK alle Pläne der SPD zumindest verbal sofort an sich abprallen lässt „Wir können nicht wieder bei Null anfangen“, hier ging's um die Nachbesserung des Klimapakets, oder bezüglich der Abkehr von der „schwarzen Null“: „Es mangelt doch nicht an Geld!“. Auch im Bezug auf die 12 Euro Mindestlohn Pläne erteilte sie eine klare Absage. Merz bleibt dabei weit unsachlicher und sieht die Sozialdemokraten „in der letzten suizidalen Phase ihrer Existenz als Volkspartei“ fragt weiter „Leben die eigentlich noch in der Wirklichkeit dessen, was zurzeit in Deutschland, in Europa und in der Welt passiert?“. Das erinnert schon eher an Stammtischrhetorik als an einen ernstzunehmenden Kommentar.

Was sagen die Jusos?

„Nikolaus ist Groko aus“, zumindest wurde das von den Jusos auf Ihrem letzten Bundeskongress Ende November abgestimmt. In einem vierseitigen Grundsatzpapier erklären sie ihre Haltung zur aktuellen Politik der SPD und ihre Vorstellungen von einer gerechten Sozialdemokratie. Im dabei vertretenden Anspruch setzen sie sich ein hohes Ziel: „50 Jahre nach der Linkswende der Jusos im Dezember 1969 wollen wir jetzt die SPD auf Links wenden“, im Aufwind der studentischen Bewegung der 60er Jahre rückten sie nach links und fanden viele Anhänger_Innen in den mehrheitlich reformistischen Teilen der Bewegung. So konnten sie bis in die Mitte der 70er auf 300.000 Mitglieder anwachsen (heute sind es 80.000). Was bedeutet das heute?

Mit einer linken

Ausrichtung und als Teil kämpfender Bewegungen schafften es die Jusos Massen hinter sich zu organisieren. „Ein Bruch mit einer Koalition, die nur unzureichende Antworten auf die großen Zukunftsherausforderungen liefert, bietet uns damit eine Chance diesen Abwärtstrend zu beenden.“ („Zeit für Zukunft“-Papier, abgestimmt vom Bundesvorstand Ende November 2019). Diesen Bruch mit der Koalition wollen sie schnellstmöglich erreichen: „Spätestens im Jahr 2021“, also zu den nächsten Bundestagswahlen.

Wie auch schon in

der „No Groko“-Kampagne stellen die Jusos sich klar auf die Seite des linken Flügels der SPD und reden offen über sozialistische Transformation (kommt zwar Sozialismus drin vor, bleibt aber trotzdem eine zahnlose Formel). Gleichzeitig heben sie die Notwendigkeit hervor, diesen Kampf gemeinsam mit den rechten Teilen der Partei zu führen und verbleiben dabei in der Logik gefangen, dass in der Politik Kompromisse gemacht werden müssen.

Anstatt selbst

einen „Green New Deal“-Vorschlag mitzutragen, müssten die Jusos die Kapitalist_Innen auffordern, für Ihre Krise zu zahlen. Statt gegen „sinkenden Lohnquoten“ einzustehen, könnten sie für eine 4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich eintreten. Anstatt im Nahverkehr „hin zum ÖPNV“ zu kommen, könnten sie diesen kostenlos für alle fordern, finanziert aus den Taschen der Reichen.

Der Parteitag der

SPD hat gezeigt, dass der alte Parteiapparat rechts von der Basis der SPD steht. Die Mehrheiten für progressive Positionen wurden trotz der massiven Gegenpropaganda seitens der Medien und seitens des alten Parteiapparats errungen. Jetzt könnten die Jusos einen politischen Kampf um ihren Kurs unter der Bedingung führen, aus der Groko auszutreten.

Juso-Vorsitzender

Kevin Kühnert ließ aber schon vor der Wahl zum Vize der SPD die Luft raus: „Wer eine Koalition verlässt, gibt einen Teil der Kontrolle aus der Hand, das ist doch eine ganz nüchterne Feststellung. Auch das sollten die SPD-Delegierten bei ihrer Entscheidung berücksichtigen.“

Aufgepasst,

Jusos! Ihr müsst Eure Führung mit einer breiten programmatischen Kampagne der Basis dazu zwingen sich an den Beschluss über ein schnellstmögliches GroKo-Aus zu halten! Keine Kompromisse...der Verrat hat schon wieder begonnen!